

PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Im Geltungsbereich der 21. Änderung des Bebauungsplans „Obere Schelmenäcker“ gelten die planungsrechtlichen Festsetzungen der 14. Änderung des Bebauungsplans „Obere Schelmenäcker“ (genehmigt am 01.04.1985) unverändert weiter, sofern sie nicht nachfolgend geändert oder ergänzt werden.

- 1. Maß der bauliche Nutzung
1.1 Vollgeschosse und Geschossflächenzahl
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 20 BauNVO
(1) Die zulässige Zahl an Vollgeschossen und die Geschossflächenzahl sind im zeichnerischen Teil in der Nutzungsschablone als Höchstmaß festgesetzt.
2. Überbaubare Grundstücksfläche
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO, § 12 BauNVO u. § 14 BauNVO
(1) Die überbaubare Grundstücksfläche ist im zeichnerischen Teil durch Baulinien und Baugrenzen festgesetzt.
(2) Von der Baulinie kann durch Gebäuderücksprünge ausnahmsweise abgewichen werden, sofern diese in ihrer Fläche (Breite mal Höhe des Rücksprungs) der Hauptfassade untergeordnet sind.
(3) Stellplätze, Garagen und Carports nach § 12 BauNVO und Nebenanlagen nach § 14 BauNVO sind zwischen Baulinie bzw. Baugrenze und Straßenbegrenzungslinie unzulässig.
3. Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
(1) Der Stamm des Kirschbaums auf Flurstück 5904 ist auf dem Planungsgrundstück stehend zu lagern bis mögliche stammbewohnende Insektenlarven nach der Metamorphose den Stamm verlassen haben.
(2) Baugruben sind durch abweisende Kleintierzäune gegen zu wandernde Mauereidechsen zu schützen, falls sie innerhalb der Gelegezeit (Mitte Mai bis Anfang August) bestehen.

SATZUNG

Der Gemeinderat der Gemeinde Kronau hat am
a) aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Oktober 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 257) geändert worden ist
b) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg GemO in der Fassung vom 24. Juli 2000, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2025 (GBl. 2025 Nr. 71)
die 21. Änderung des Bebauungsplans „Obere Schelmenäcker“ als Satzung beschlossen.

§ 1 Räumlicher Geltungsbereich
Für den räumlichen Geltungsbereich der Satzung ist der obenstehende zeichnerische Teil der 21. Änderung des Bebauungsplans "Obere Schelmenäcker" vom maßgebend. Er ist Bestandteil der Satzung.
§ 2 Bestandteile der Satzung
Bebauungsplanänderung, bestehend aus dem Zeichnerischen Teil (01), Maßstab 1:1.000 inklusive textlichen planungsrechtlichen Festsetzungen in der Fassung vom .
Beigefügt ist eine gemeinsame Begründung (02, in der Fassung vom , § 9 Abs. 8 BauGB).
§ 3 Inkrafttreten
Diese Satzung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft (§ 10 Abs. 3 Satz 4 BauGB).
Gemeinde Kronau, den

SIEGEL
Frank Burkard, Bürgermeister
Ausfertigungsvermerk
Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieser Satzung und ihre Bestandteile mit ihren Festsetzungen durch Zeichnung, Farbe, Schrift und Text mit den hierzu ergangenen Beschlüssen des Gemeinderates übereinstimmen.
Hiermit wird die Änderung des Bebauungsplans ausgefertigt.
Gemeinde Kronau, den
SIEGEL
Frank Burkard, Bürgermeister

PLANZEICHENLEGENDE

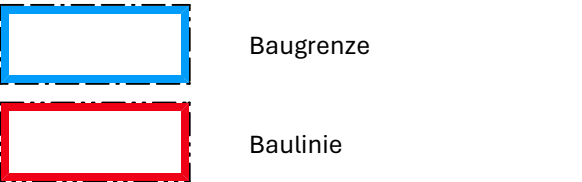
ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG UND BAUWEISE
§ 9 Abs. 1 Nr. 1, 2 BauGB, § 22 BauNVO

FÜLLSCHEMA NUTZUNGSSCHABLONE

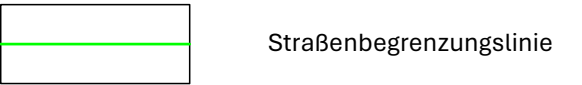
Table with 2 columns: Art der baulichen Nutzung, Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß. Rows include WR (Reines Wohngebiet), Grundflächenzahl (GRZ) als Höchstmaß, and Bauweise (Offene Bauweise).

WR Reines Wohngebiet (§ 3 BauNVO)

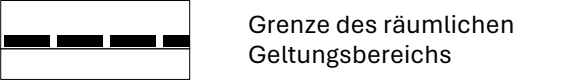
ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 BauNVO



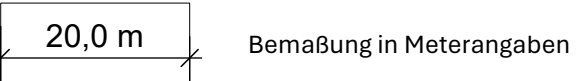
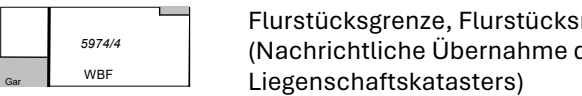
VERKEHRSFLÄCHEN
§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB



GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHS
§ 9 Abs. 7 BauGB



SONSTIGE PLANZEICHEN



VERFAHRENSVERMERKE

Aufstellung
Aufstellungsbeschluss
gem. § 2 Abs. 1 BauGB

Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses
gem. § 2 Abs. 1 BauGB

Offenlage
Billigung des Entwurfs
für die Offenlage

Ortsübliche Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit
gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Beteiligung der Öffentlichkeit
gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Abwägungsbeschluss und Satzungsbeschluss
Behandlung und Abwägung aller eingegangenen Stellungnahmen aus den Beteiligungen gem. § 1 Abs. 7 BauGB und Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB

Bekanntmachung und Inkrafttreten
Ortsübliche Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gem. § 10 Abs. 3 BauGB